

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Bahnhöfen-Anzeigen die 3 gespaltenen Kolon-Beile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Grop. Druck von E. H. S. Reiter & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Verlagsanstellung: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Weihnachtsabend.

Die Flamme singt. Hell flacker's an den Wänden Und zuckt und tanzt in rottem Widerschein. Der kurze Tag, der kalte Tag will enden; Mit grauen Augen starrt er still herein. Die Straße liegt in weißem Dämmerrauch: Die Nebel wallen und die Floden treiben. Die Flamme singt, und vor dem wärmern Hauch Tropft es in blanken Perlen von den Scheiben.

Des Winters weiße Blumen, sie vergehn Und schmelzen hin in lautlos sanftem Sterben; Nur draußen, wo die kalten Winde weh'n, Klagt schrill und stöhnt ein zitterndes Verderben. Längst fiel es hin, was sich dereinst gebläht Auf stolzem Wipfel und am grünen Stamme: Von wilden Wetter'n in den Grund gemäht, Vermodert's nun im frühen Strahenschlamme.

Die Flamme singt. Ein Wagen knarrt herauf. Vorüber eilen frierende Gesichter. Die Gaslaternen flackern blühend auf: Gelb blinkt im Schnee das Heer der matten Lichter. Dort, hinterm Fenster, brennt die Lanne schon; Die Freude stürmt herein mit wilden Buben, Und alles Leid und aller Haß und Hohn Versteckt sich schüchtern in den hellen Stuben.

Ein Ton und zwei — die Glocken schlagen an; Laut hallt es durch die kalten, leeren Straßen Und schwingt sich auf und schwingt sich himmelan Und scheucht die Dohlen, die am Turme saßen. An alle Türen klopf's, an jedes Tor, Bis aus dem Haus die Andachtsvollen treten, Bis sich im Dom der letzte Schritt verlor Von jenen, die noch nicht verlernt zu beten.

Die Flamme singt. Von ferner Orgel tönen Leicht wie ein Hauch die Weihnachtsmelodein... Und nun, nun ist's, als braust ein wildes Stöhnen Von fremder Erde jäh und schrill herein. Und nun, nun ist's als ob Kanonen rollen Und Heer um Heer sich wälzt in Tod und Schlacht, Die Blitze zucken und die Donner rollen Und rote Ströme fließen in die Nacht.

Und abertausend frische Wunden bluten; Die letzten Seufzer irren dumpf nach Haus. Sturmweckernacht! In wenigen Minuten Löscht sie die Leben wie die Lichter aus. Doch nicht die Kerzen, die im Dome glimmen. An seinen Mauern brach der fremde Ton. Hier hallen friedlich-frohe Beterstimmen Und loben ihn, den Gott und Menschensohn.

Die Flamme singt... Kriegslärm und Priesterworte... Hört, Andachtsvolle, ihr den Wuttschrei nicht, Wie fern, vielleicht an eines Tempels Pforte, Der Bruder seinen Bruder würgt und tötet? Könn't Frieden ihr auf dieser Erde wähen? Um einen trauern, der die Dornen trug, Indes es schluchzt aus einem Meer von Tränen Von Laufenden, die auch ein Wahn erschlug?...

Rot scheint die Blut. Still tropft es von den Scheiben. In fernem Hütten tropft ein andres Naß. Was fragst du, Mutter, wo die Toten bleiben? Er fiel und starb — weißt du auch nicht um was. — Christnacht... Wer rüttelt an den Fensterladen Mit jähem Stoß?... Ein harter Sturmwind braust. Der Nebel ballt sich. Und aus seinen Schwaden Reckt sich gepenslich eine Riesenfaust... E. P.

Friede auf Erden!

Zieltausend Glocken läuten das Fest des Friedens ein. Zieltausend stunder der christlichen Liebe rufen die frohe Botschaft ins Land: Friede auf Erden!

Drei kleine Worte nur, aber eine einzige, endlose, riesengroße Bäge. Eine Bäge, die durch Jahrzehnte und Jahrhunderte gerollt ist, die Laufende leuchtenden Antlitzes als göttliche Offenbarung verkündet, die Millionen gläubigen Gemüts als ewige Wahrheit hingenommen haben. Und doch eine Bäge!

Nicht Friede, nein Krieg ist auf Erden! — Menschenmordender, länderverwüstender Krieg. Nicht weit von der Stätte, wo einst der Nazarener der Menschheit den ewigen Frieden verkündete, schreitet die Kriegesfurie durch die Lande. Und wo sie ihren Weg nimmt, fallen Tausende und Zehntausende blühender Menschenleben dem tödlichen Blei, dem mordenden Hunger, der unerbittlichen Seuche zum Opfer. Brennende Dörfer, verwüstete Felder, bleichende Knochen auf blutgeranntem Gefild — Krieg ist auf Erden!

In das Klingeln der Glocken mischt sich das Donnern der Kanonen; die salbungsvolle Rede des Predigers wird übertönt vom Gähnen der Sterbenden; auf die Botschaft vom ewigen Frieden antworten die jammernenden Mütter und hungernben Kinder, denen der Krieg das Feuer geräubt: Es ist Bäge, Bäge, Bäge! Krieg ist auf Erden!

Bis an die Bühne gerückt stehen sich die Völker gegenüber. Der Massenmord ist ein sorglich gepflegtes Handwerk, eine raffiniert ausgebildete Kunst geworden. Die Menschen werden für den Krieg dreipiert wie die Hunde für die Jagd. Eine Erfindung ist erst vollwertig, wenn sie die Massenmordtechnik verbessert, ein Fortschritt wird erst voll anerkannt, wenn er im Kriege verwendbar ist. Was sind die Führer im Reich der Wissenschaft gegen die Führer im Kriege, was gute Gedichte gegen gute Kanonen, was ist alle Kunst gegen die eine, einen Menschen auf 500 Meter Entfernung sicher ins Herz zu treffen! Die Zahl der Soldaten, die Größe der Schiffe, die Güte der Waffen: das sind die modernen Maßstäbe für den Kulturgrad eines Volkes. Und je höher ein Volk in der so gemessenen Kultur gestiegen ist, um so eifriger ist es bemüht, diese Kultur auszubreiten. Der ganze Erdball wird abgejagt, in die entferntesten Gegenden werden die bewährten Pioniere — Blei, Brandwein und Bibeln — geschickt, um arme „Barbaren“ zur Sonnenhöhe kapitalistischer Kultur zu führen.

Kapitalistische Kultur? Das ist ein Widerspruch im Weltwort. Der Kapitalismus ist überhaupt kein kulturbildendes Element. Er hat höchstens das Verdienst, durch die riesenhafte Ausweitung der Produktionsmittel die Möglichkeit einer allgemeinen Kultur gegeben zu haben. Aber diese allgemeine Kultur kam sich nur aus-

breiten gegen den Kapitalismus, und sie kann sich voll nur durchsetzen durch und nach Ueberwindung des Kapitalismus.

Die kapitalistische Kultur ist nur Oberflächkultur, ist eigentlich nur Barbarei mit Kulturfaßnis. Ist es etwa wahre Kultur, wenn ein Volk zwar seine Krüppel sorglich pflegt, seine gesunden Söhne aber vor die Kanonen schießt? Oder ist es wahre Kultur, wenn ein Volk zwar den Frevler am Leben des Nächsten auf das Schafott schießt und selbst das arme Weib, das aus sozialer Not den Keim eines werdenden Lebens nicht austreiben läßt, hinter Gefängnismauern begräbt, den kommandierten Massenmord aber mit Aemtern und Orden belohnt? Oder ist es endlich wahre Kultur, wenn inmitten brennender Dörfer, rauchender Kanonen, getürmter Gräber, zuckender Leiber, hungernder Frauen und Kinder die uralte Verheißung ins Land geschickt wird: Friede auf Erden!

Nein, Krieg ist auf Erden! Krieg überall. Nicht nur auf dem Balkan, wo die Proletariatsöhne die Sünden der Herrschenden mit ihrem Blut abwuschen, nein auch bei uns tobt der Krieg. Zwar noch nicht der Krieg, in dem die Kanonen sprechen, wohl aber der Krieg in seinen Formen, nicht aber in seiner Wirkung mildere Krieg der Reichen gegen die Armen, der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten, der Bedrücker gegen die Bedrückten.

Wie verträgt sich die christliche Verheißung vom Frieden auf Erden mit den unablässigen Verjagen der Scharfmacher, die aufstrebende Arbeiterschaft durch Ausnahmegeetze zu knebeln? Es kann doch unmöglich den wirtschaftlichen Frieden fördern, wenn die allerchristlichsten Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht, ihre gesellschaftlichen Beziehungen, ihren politischen Einfluß zu dem unchristlichen Zwecke gebrauchen, der Arbeiterschaft den kulturellen Aufstieg auch noch durch Vermehrung und Verschärfung der gesetzlichen Hemmnisse zu erschweren.

Noch weniger wirken im Sinne der Weihnachtsbotschaft die zahlreichen Verjagte, die aufblühende Arbeiterbewegung durch systematisch organisierte Fälschung und Pflüge der Gehirnschwamperi zu schädigen. An den geistigen und moralischen Krüppeln, die in den gelben Gründungen mancher Unternehmer zusammengepackt werden, kann wirklich kein anständiger Mensch Wohlgefallen haben. Noch weniger aber an denen, die diese niedrigste Charakterlosigkeit als höchste Tugend preisen, die jeden Arbeiter, der aus Dummheit oder schuftiger Bestimmung seine Klasse verrät, als einen Helden feiern, die alle Rechts- und Moralbegriffe auf den Kopf stellen, um die eigene Herrschaft aufrecht zu erhalten. An dieser organisierten Niedertracht könnte höchstens der Teufel — wenn es einen gäbe — sein Wohlgefallen haben.

Neben dieser Heimtücke aber tobt der offene Kampf. Die ungemessene Teuerung vieler Lebensmittel hat zahlreiche Arbeiter geradezu gezwungen, im Interesse ihrer Familie, im Interesse der Gesundheit ihrer Kinder, nach Erhöhung ihres kargen Lohnes zu

streben. Selten nur fanden sie Verständnis und verständiges Entgegenkommen. Oft mußten sie harte Worte hören oder schroffe Abweisung zähneknirschend entgegennehmen. Nur wo sie fest und entschlossen zusammenstanden, konnten sie ihren Forderungen Gehör verschaffen, den Unternehmer zum Nachgeben bewegen. Oft allerdings erst nach langen, hartem Kampfe. Um einige Pfennig Lohn mehr für die Stunde, um einige Stücken Brot mehr für die Kinder, um eine Kleinigkeit Licht und Lebensfreude für die Familie mußten viele Arbeiter Wochen, ja Monate Opfer bringen, Entbehrungen ertragen. Millionen schwere Kapitalisten, die sich die Botschaft vom Frieden auf Erden in eigener Kapelle predigen lassen, treiben Hunderte von Arbeitern in den wirtschaftlichen Kampf, ohne auch nur den Schatten eines zureichenden Grundes aufzuweisen zu können.

Ist es noch nötig, hinzuweisen auf die gewaltigen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die uns voraussichtlich das kommende Frühjahr bringen wird? Müßten wir daran erinnern, daß die Unternehmer im Baugewerbe seit Monaten, nein seit Jahren fieberhaft rüsten, daß die Scharfmacher im Holzgewerbe einen Kampf für das halbe Reich heraufbeschwören, daß in vielen andern Gewerben das Barometer auf Sturm steht? Was sollen wir in dieser gewitterschwangeren Zeit mit dem Weihnachtswort vom Frieden auf Erden!

Oder soll es nicht eine Kunde, sondern eine Mahnung sein? Dann ist sie nutzlos für heute, wie sie es gewesen ist seit zwei Jahrtausenden. Der Prediger hat nie eine Rolle gespielt in der Weltgeschichte, das Wort ist nie aufgetreten gegen das Schwert. Aber nicht nur nutzlos ist die Mahnung, sondern auch heuchlerisch. Denn im Namen des Christentums kämpfen die Völker auf dem Balkan, und ihre Waffen sind geweiht von denselben Priestern, die jetzt ihr Friede auf Erden rufen. Im wirtschaftlichen Kampfe aber sind die frommsten Christen nicht selten die unerbittlichsten Feinde des arbeitenden Volkes.

Wer will es uns verargen, wenn wir der Weihnachtsbotschaft nicht lauschen mit gläubigem Gemüt?

Und dennoch stimmen wir ein in den Ruf: Friede auf Erden! Aber für uns ist er weder eine frohe Botschaft noch eine Mahnung, sondern eine ernste Forderung. Eine Forderung, die wir erheben im Namen der Menschheit, für die wir eintreten mit all unserer Kraft. Die Verwirklichung dieser Forderung aber erwarten wir nicht von der durch Ermahnungen geweckten und gestärkten Einsicht der Herrschenden, sondern von dem durch gemeinsame Interessen zu solidarischen Handeln verpflichteten, durch starke Organisationen geschulten Proletariat. Heute hat das organisierte Proletariat allerdings nur erst den ehrlichen Willen, den Frieden herbeizuführen — es wird aber eine Zeit kommen, in der es die Macht hat, jeden Krieg zu verhindern. Dann erst wird das Wort eine Wahrheit: Friede auf Erden!

Arbeitsbehörde bestand darin, daß ein Drittel der Mitglieder aus dem Verbande ausgetreten und diesem ein Verlust von 15.000 M. entstanden ist. Der Fortschrittler Dr. Müller schlug energische Töne der Kritik an. Diese würden sicher noch wirkungsvoller gewesen sein, wenn seine Klassen- und Parteigenossen immer die Meinung vor dem Koalitionsrecht geäußert hätten, welche Müller jetzt mit Recht von den Vertretern der Staatsbetriebe fordert. Denn hat es nicht sehr gehapert. In Spandau wird der Müllereigenenverein besonders energisch bekämpft. Der konservative Wahlverein, also ein ausgesprochen politisches Gremium, kann aber angehört werden. Dabei hat die Leitung des Müllereigenenvereins an Selbstverwaltung so ziemlich das Mögliche geleistet. Man erwarte, der Müllereigenenverein werde es nicht, daß die Leitung des Vereins in Spandau ihren Sitz habe. Der Verein erbot sich, einen zweiten Vorsitzenden aus Spandau zu wählen. Esopdem fand er keine Gnade.

Gleiche Schilanden haben die Berliner Feuerwehrlente mit ihrem Vertrag erduldet, um Eisenbahnarbeitern, die sich organisieren, macht man ebenfalls das Leben schwer. Man kann mit Recht behaupten, daß staatlichen Arbeitern und den anderen Beamten die Zugehörigkeit zu einer Organisation, welche die materiellen Interessen der Mitglieder im Ernst wahren will, einfach unmöglich gemacht wird.

Der Verlauf der Verhandlungen hat gezeigt, daß die Regierung auch will. Die Staatsarbeiter und -angestellten sollen nur Vereinen angehören, die in Kuratorkontrollen machen, überflüssige Vereinsmitglieder treiben. Geht die Forderung des Vereins weiter, richtet er sein Augenmerk auf Wahrung der Rechte der Mitglieder im Arbeitsverhältnis, dann wird ihm das Lebenslicht ausgeblasen. Wenn das nicht die Absicht der Regierung wäre, wie könnte sie dann der Staatssekretär hinstellen und behaupten, daß es ein garantiertes Recht für Vereinigung sei? Er behauptet, soweit von einem Vereinigungsrecht in den Gesetzen die Rede, sei auch eine staatliche Regulierung zugetrieben. Die Polizei könne erwachsenen Personen die Teilnahme an Vereinen nicht verbieten, wohl aber die Vorgesetzten, und durch Vertrag könne die Möglichkeit der Koalition beschränkt werden. Für den Staat nimmt der Staatssekretär das Recht in Anspruch, daß er im Wege des Arbeitsvertrages und auch sonst das Koalitionsrecht so weit einschränken darf, wie es die Betriebsverhältnisse erfordern. Folger Betriebsgefährde, die öffentlichen Interessen binden; zum Beispiel Eisenbahnen, Versorgung mit Wasser und Licht. Auch der Verwaltung des Betriebes und der Marine müsse das Recht zustehen, ihre Arbeiter von einer Vereinigung auszuschließen, die geeignet sein könnte, die Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit ihrer Betriebe zu schädigen. Das ist Betriebsabsolutismus, wäher der Minister da verhandelt. Danach sind die Arbeiter aus Gnade und Ungnade der Betriebsverwaltung ausgeliefert, nicht nur soweit die Arbeitsverhältnisse an sich in Frage kommen, auch darüber hinaus, ins Privatleben hinein. Diese Verletzung des Vereinsrechts wird zur Folge haben, daß die Scharmacher noch übermächtiger werden. Wenn ein Arbeiterbetriebe diesem Verwaltungsabsolutismus nur den kleinen Finger reicht, um den es geht. Der Müllereigenenverein hat nichts getan, was „staatsgefährlich“ werden könnte. Insbesondere nichts getan, was den Verdacht hätte rechtfertigen können, er wolle streiken. Esopdem muß er daran glauben. Schon das Tadeln von Betriebsmängeln wurde ihm zum Verhängnis.

Die von dem Staatssekretär angeordnete staatsrechtliche Spinnstreckerei über das Koalitionsrecht wurde von Bauer beim rechten Namen genannt: „Bormärzliche Anschauungen.“ Bauer führte den Nachweis, daß im Gegensatz zu der Behauptung des Staatssekretärs bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Kommission aus der Regierungsvorstande den Standpunkt vertreten haben, daß ein Vertrag, der die Nützung des Koalitionsrechts ausschließen solle, gegen die guten Sitten verstoße. Der nationalliberale „Arbeiterbetriebe“ Joller machte sich zu dem Entschlusse bequem, daß die von Staatsarbeitern grüßlich gewürdigen Anschauungen nicht mehr als eine Delationation seien. Mit dem konservativen v. Müller stellten sich in bezug auf Preisgeben der Arbeiterrechte in eine Linie die Herren Behrens und Schirmer und Schwarz vom Zentrum. Außerdem brachten es die Genannten wieder einmal fertig, über den Terrorismus der freien Gewerkschaften zu sprechen. Der Staatssekretär behauptet die christlichen Gewerkschaften als „nützlich und wünschenswert“ bezeichnet, da müßten sich die Herren, doch erkenntlich zeigen, und so ging das Zusammenstreben von „Terrorismusfällen“ los. Die Arbeiter werden diese Art Verletzung der Arbeiterinteressen sich schon merken.

Am Donnerstag, dem 12. Dezember, wurde der Reichstag bis zum 8. Januar vertagt.

Die gelbe Schutztruppe der Unternehmer.

IV.

Die Gelben und die Sozialpolitik.

Im letzten Artikel haben wir den dokumentarischen Nachweis dafür erbracht, daß die Gelben den Unternehmern nicht nur die Abwehr berechtigter Forderungen der Arbeiter, sondern auch direkt die Verschlechterung bestehender Arbeitsbedingungen erleichtern. Mit dieser weitreichenden Gegenleistung der Gelben begnügen sich

Doch plötzlich stellt ein Hund. Es birgt erschreckt. Der Knabe sich ins Dicht halberstreckt. Er weiß, wenn ihn der Förster hier erweckt, Dann ist das ganze Bündel Holz verloren. In spät, längst schon im des Försters Augen: „Ja, hab' ich einen von den Bäumen hier, Die nur zum Besteln und zum Stehlen taugen!“ Und bringt des Knaben Namen zu Papier.

Jetzt gehe aus dem Walde gleich hinaus, Es soll das Lumpenpad dir Holz sich kaufen, Du sollst dein Heim im Gotteshaus Und nicht schon stehen in die Wälder laufen; Es darf das dürre Holz sich niemand holen, Kommt du noch einmal, mußt du vor Gericht, Ich handle nur, wie es der Staat befohlen, Schau, daß du fortkommst, denn ich schon nicht.

Er geht, der letzten Hoffnung nun beraubt, Ermattet von den schmerzlichen Wegen, Um hinter weinend sein Kind einschlagen. In seiner Mutter Hände reißt er zu liegen. Die Mutter aber streicht seine Wangen, Es ruht so schwer auf ihm, ihr müder Blick, Zu helfen, war er bestrebt sein gegangen, Was wußte er von Freud' und Leidnachsicht?

Sei du nur still, mein Kind, und esse dich, Es wird das Leben deinest Mütter enden, Dann nimmst du auch schon'se Tage sich, Und alles Leid wird sich zur Freude wenden. Mit andern Kindern spielst du wieder spielen, Im frohen, heiteren Besamtensein, Dann werden wir uns wieder glücklich fühlen Und alle Not wird auch vergessen sein.

So trübet die, die sagt dem kalten Grab. — Sie führt den Tod, es kann kein Arzt sie heilen. Da bangt zum Knaben sie sich leif' herab, Um unter Tränen ihm noch mitzuteilen: „Und wenn ich dich, mein Kind, einst muß verlassen, Folg' nur der Mutter, was sie zu dir spricht; Das Gute lieben und das Schlechte lassen. Sei stets dein Dankspruch, was dem Laie nicht.“

Hält rein dein Herz! Nur auf der rauhen Bahn Des wahrhaft Schönen, Gien darfst du schreien, Wie es dein wacher Vater heif' getan. Hab' Mitleid du mit andrer Menschen Leiden, Etz' seht, daß h' dir im Meer des Lebens klüppeln. — Da naht der Todesengel jetzt geschwind, Und laßt dich heimlich hängen nach die Lippen: „Nur wußt' — mein gutes — und mein — brades Kind!“

die Unternehmer auch nicht. So werden uns bestimmen sie, daß ihnen die Gelben auch bei dem Kampf gegen die Sozialpolitik selbst helfen und bezahlen, kann gar keine Rede davon sein, daß ihr Wunsch mißachtet würde. So heißt der gelbe „Mund“ mit einer Ungenügsamkeit die eigentlich selbst geistig sehr schwerfällige Arbeiter fruchtig machen müßte, gegen jede wirkliche Fortbildung der Sozialpolitik. Erst vor wenigen Monaten wandte er sich gegen „Die finanzielle Belastung unserer Industrie durch Sozialgesetze“ und meinte, es sei „an der Zeit, zu prüfen, ob nicht der Bogen der Sozialbelastung für unsere Industrie überspannt wird“, denn unser Unternehmertum müsse uns „stark und leistungsfähig“ erhalten bleiben.

Daß auch die Arbeiter stark und leistungsfähig erhalten werden müssen, scheint das gelbe Blatt nicht für notwendig zu erachten.

Ganz besonders eifrig wettern die gelben Blätter gegen eine etwaige gesetzliche Arbeitslosenversicherung. Dabei wird an die niedrigsten Zinssätze appelliert.

Man beachte nur folgende Auslassungen des Augsburger Werkereinsblattes „Die Wehr“ (Nr. 22 von 1907) zur Frage der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung:

„Der richtige Mann, der seine Pflicht tut, findet jahrgehntelang an derselben Stelle sein Brot. Er hat also keine Veranlassung, Beiträge zu einer Versicherung zu zahlen, die ihm menschlicher Voraussicht nach doch niemals zugute kommen wird. Von den Beiträgen der Unfertigen, der Herantreiber, der Faulen, der Gewissenlosen ist aber keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu halten.“

In demselben Sinne, teilweise sogar mit denselben Kraftausdrücken, äußert sich die „Deutsche Zeits.“ das Organ der vaterländischen Arbeitervereine, in allerletzter Zeit. In einer Abhandlung über „Arbeitslosigkeit“ wird auch die staatliche Arbeitslosenversicherung glatt abgelehnt. Selbstverständlich wird nicht das Interesse der Unternehmer ins Feld geführt, sondern das der Arbeiter. Es heißt, die staatliche Arbeitslosenversicherung würde, wenn sie ohne Rücksicht auf das eigene Verschulden gezahlt würde, zu den „größten Ungeheuerlichkeiten“ führen. Denn „auch der größte Reichtum, der in unüberlegten, sinnlosen Hoffnungen aus der kleinen Stadt in die Großstadt lockt, fände hier von Staats wegen eine Belohnung, und die Gewissenhaften, Vorsichtigen, Genügsamen müßten zahlen für die Leichtfertigen, Genüßsüchtigen, Gewissenlosen.“

Diese Sätze, deren Haltlosigkeit jeder denkende Arbeiter sofort erkennen muß, scheinen dem gelben Blatt allerdings nicht ausreichend, die Ablehnung eines für die Arbeiter so wichtigen Sozialgesetzes zu begründen. Und so machte es denn im weiteren Verlauf seiner Unterfuchungen noch die schreckliche Entdeckung, daß die Arbeitslosenversicherung nicht nur die Ausplünderung der Gewissenhaften und Genügsamen zugunsten der Leichtfertigen und Genüßsüchtigen zur Folge hat, sondern auch noch — man erschreke nicht — unsere gesamte Kultur gefährdet und direkt in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat führt. Die „Deutsche Zeits.“ bräkt das so an:

„Die ungeheure Gefahr einer solchen Arbeitslosenversicherung läge vor allem darin, daß sie die moralische Selbstverantwor tung des Menschen, die doch das Ziel aller sittlichen Kultur ist, ab stumpfte, daß sie ihm die Entscheidung über Recht und Unrecht, Gut und Böse, Vernünftigkeit und Unrichtigkeit abnimmt und sie auf eine besonnenenbe Staatsregierung überträgt. Damit näherten wir uns aber in bedenklicher Weise dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat.“ („Deutsche Zeits.“ Nr. 33 vom 15. September 1912.)

Daß die Unternehmer sich mit ganz besonderem Eifer gegen die Arbeitslosenunterstützung wenden, ist verständlich. Wissen sie doch, daß die Unterstützung der Arbeitslosen deren wirtschaftliche Widerstandskraft stärkt, sie ermuntert, allzu schlechten Arbeitsbedingungen zu entfliehen, Arbeit, die zu besonders schlechten Bedingungen angeboten wird, abzulehnen. Es ist auch verständlich, daß die Unternehmer die wirtlichen Gründe ihres Widerstandes gegen die Arbeitslosenunterstützung nicht angeben wollen und sich bei ihrem Kampf gern in die Toga der Moral- und Menschenreiter hüllen, die der Laster größten, den Maßigang, austrotten wollen. Aber daß ein gelbes Blatt es wagen darf, die abgestandenen Schlagworte der Unternehmern als tiefe Weisheit zu bieten, ist in hohem Maße bedauerlich. Man sollte eigentlich annehmen, daß eine einzige schriftstellerische Leistung, wie die oben gekennzeichnete, die genossenschaftlichen gelben Arbeiter fruchtig machen müßte. Es scheint aber als ob manche Arbeiter in den Werkereinen nicht nur moralisch verkommen sondern auch geistig unter jeden zulässigen Durchschnitt herunterstinken.

Gelbe und Ausnahmegesetze.

In das Gesetz nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften, das in den letzten Jahren gar nicht mehr verstummen will, müssen selbstverständlich auch die Gelben einstimmen. Die Unternehmer fordern ja angeblich Ausnahmegesetze nicht im Interesse und zum Schutze der Unternehmer, sondern zum Schutze der Arbeiter gegen den Terrorismus der Gewerkschaften. Die „persönliche Freiheit“ soll gesichert, das „Recht auf Arbeit“ gewahrt, der „freie Wille des arbeitenden Mannes“ geschützt werden. Es war also jene Arbeiterfreundlichkeit, die die Organisation der Scharmacher veranlaßte, dem Kongreß der gelben Vereine, der am 15. Oktober 1910 in Magdeburg tagte, folgenden Beschluß zu diktieren:

„Die Konferenz aller nationalen Ver- und Arbeitervereine Deutschlands protestiert gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts und gegen das Bestehen von Kampfgewerkschaften. Die Konferenz verlangt geeignete Gesetzesmaßregeln für den Schutz der Arbeitswilligen, insbesondere auch das Verbot des Streikverbotgesetzes, das in erster Linie zu schweren Ausschreitungen Anlaß gibt.“

Eine ganz ähnliche Resolution sagte die Hauptversammlung des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, die vorzehen Tage später in Braunschweig stattfand. Man sieht, die Dresse hat Erfolg.

Die Gelben und die Politik.

Den Unternehmern genügt es übrigens noch nicht, in den Gelben eine allseitig willige Schutzgarde bei der Durchführung arbeitserkämpfender Maßnahmen zu haben; sie wollen noch mehr für ihr Geld. Die eingespannten Arbeiter sollen ganz vorbehaltlos alle Pläne und Maßnahmen der Unternehmer billigen und unterstützen. Sie sollen eine Schutztruppe der Reaktion werden, die sich immer und überall für die Interessen der Unternehmer einspannen läßt. Vor allem sollen sie politisches Stimmvieh der reaktionären Parteien werden. Das charakteristischste Zeugnis für die reaktionären Absichten der gelben Drahtzieher ist wohl ein Brief, den der gelbe Führer Lebus im Jahre 1907 an den Führer der Augsburger gelben Werkereine, den Protaristen Pfeiffer, richtete und in dem es hieß:

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es nicht im Interesse der gelben Arbeiterbewegung liegt, in der Öffentlichkeit so sehr hervorzuheben, daß unsere gelben Arbeiter für die nationalliberale Partei eintreten. Sie wissen wohl, daß die meisten Berliner Industriellen freisinnig sind und daß sie keinesfalls ein Aufgehen der gelben Arbeiterbewegung in der nationalliberalen Partei getraut haben werden. Wir haben außerdem auch einen Teil konservativer Arbeitgeber, die ebenfalls nicht ohne weiteres damit einverstanden sind, daß unsere Gelben sich mit der nationalliberalen Partei gleichbedeutend betrachten. Ich binne, mich nicht mißzuverstehen. Es ist selbstverständlich, daß die Augsburger Gelben für die Nationalliberalen eintreten: das müßte aber nicht von Vereinen wegen geschehen, sondern müßte Privatfache sein der einzelnen Mitglieder. Auch ist es besser, so etwas nicht an die Öffentlichkeit zu bringen.“

Die Einschätzung der Gelben als politisches Stimmvieh kann gar nicht drastischer ausgedrückt werden. Daß die Werkereiner eine eigene Meinung haben, eine selbständige politische Ueberzeugung vertreten können, kommt dem Briefschreiber gar nicht in den Sinn. Er behandelt es als glatte Selbstverständlichkeit, daß die gelben Arbeiter wählen, wie die U...er beschließen. Sind die Unternehmer freisinnig, sind es auch die Gelben; wählen die Unternehmer konservativ, die Gelben sind ihr politischer Schatten. Die Konsequenz dieser Auffassung hat der „Nationale Hüttenverein“, ein Werkerein auf dem Stummischen Eisenwerk zu Reunfichten, gezogen, der seinem Statut folgende Bestimmung als Paragraph 20 eingefügt hat:

Der Vorstand (des Werkereins) beschließt durch außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen abzugeben werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefassten Beschluß strikt zu unterwerfen.

Ebenso gut könnte der Paragraph auch sagen, daß der Unternehmer anordnet, wie gewählt werden soll. In der Praxis kommt es auf eins heraus; denn die armen Schächer werden es schon nicht wagen, anders zu beschließen, als ihre „Brotgeber“ wünschen und fordern. Nach all diesen Tatsachen tut man den gelben Werkereinen wirklich kein Unrecht an, wenn man sie als eine Schutztruppe der wirtschaftlichen und politischen Reaktion bezeichnet.

Die christliche Arbeiter einen Klassengenossen, der sich bewußt in den Dienst der Unternehmer stellt und um Geld oder andre persönliche Vorteile seine Brüder verrät, beitreten, ist so bekannt, daß wir es hier gar nicht noch einmal zu sagen brauchen. Jedoch hat kürzlich einmal ein gelbes Organ, der „Werkerein“, eine solche Tätigkeit so scharf und treffend beurteilt, daß wir dieses Urteil hier wiedergeben müssen. Auf einer Broschüre, die der christliche Gewerkschaftsführer Imbusch kürzlich gegen die Gelben geschrieben hat, war die Stellung der Gelben zum Unternehmer in einem Titelbild illustriert. Eine Anzahl von Arbeitern stehen im Halbkreis und tief gebückt um einen Unternehmer, der mit der linken Hand Münzen austrennt, mit der rechten aber die Sklavenpeitsche schwingt. Dieses Sinnbild hat die Gelben so erzürnt, daß der „Werkerein“ erbot sich schreibt:

„Wer noch ein Gefühl für Ehre hat, wer weiß, daß der hier dargestellte Vorgang das Erbarmlichste und Gemeinste ist, was im menschlichen Leben überhaupt vorkommen kann. Ein Arbeitgeber, der das tut, was hier dargestellt wird, ist schlimmer als ein Mensch, der einen andern über den Haufen stößt. Ein Mensch, der sich, wie diese Arbeiter, gegen schnödes Geld seiner Ehre selbst entäußert, ist das Traurigste, was unter Gottes Himmel existieren kann.“

Diesem Urteil haben wir absolut nichts hinzuzufügen.

An die Adresse der Herren Duisberg, Goldschmidt u. Co.

Ein englischer Großunternehmer der chemischen Industrie, Sir Alfred Mond, hat an Herrn Professor Ugo Brentano einen Brief gerichtet, in dem sich klar die hohe soziale Wertung der organisierten Arbeiterschaft durch das englische Unternehmertum ausdrückt.

Der Brief lautet:

Telephon 5051 Victoria. 35, Rowland Square, S. W. Telegramm Mondalstro, Antighis, London. 2. Dezember 1912.

Sehr geehrter Professor Brentano!

Mit Vergnügen erfülle ich Ihnen Ihren Wunsch, Ihnen die Auffassung der großen Mehrheit der englischen Großindustriellen über den heutigen Stand der Arbeiterbewegung mitzutheilen. Ich bin ein Freund von Deutschland, wünsche Freundschaft zwischen England und Deutschland und bin der Meinung, daß solche Freundschaft durch nichts mehr gefördert werden kann als durch gemeinsames Zusammenarbeiten an Problemen, welche beiden Völkern gemeinsam sind. So verliere ich Sie denn und allen denen, welche diese meine Seiten lesen werden, sowohl in meiner Eigenschaft als unabhängiger Unternehmer (in Firma Brunner Mond & Co. and andre) als auch als Parlamentarier und Politiker, welcher seit Jahren alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt:

1. daß in England kein Mensch daran denkt, die Gewerkschaften beseitigen zu wollen, daß vielmehr die Arbeitgeber sich das angewöhnt haben, mit Arbeiterorganisationen zu arbeiten. Wie von den größten Industrien, so wie die Eisenbahnen, die Stahl- und Eiser-, Baumwoll-, Textil-, Schiffbau-, Zinnplattener-Industrie, Gasen- und Transportarbeit, Kohlen- und andre Substanzarbeit usw., haben ihre Conciliations Boards, Federationen oder Unions und arbeiten unter kollektiven Arbeitsverträgen. In solchen Industrien betonen sich die Arbeitgeber zu der Einsicht, daß es sehr schwer wäre für sie, ohne die Arbeiterorganisationen auszukommen.

2. daß man fast allgemein gewillt ist, mit den organisierten Arbeitern gemeinsam die Arbeitsbedingungen festzustellen und bei solchen Verhandlungen die Führer der Gewerkschaften als die Vertreter der Arbeiter anzunehmen.

3. daß man weit entfernt ist, in den Führern der Gewerkschaften bezahlte Agenten und Streikheizer zu erblicken, indem diese Führer vielmehr sich als Regel durch Verantwortlichkeit gefühl angezogen und demgemäß als der maßgebende Faktor in der Arbeiterbewegung erkannt werden.

4. daß die Vertragstreue beider Parteien mit der Zunahme der friedlichen Erledigung der Konflikte zugenommen hat, und eine Abweichung bei den organisierten Gewerkschaften gar nicht, bei den unorganisierten Streikern nicht öfter als bei den berechtigten Arbeitgebern vorkommt.

Chemische Industrie

Das neue Kampfmittel der Scharfmacher in der chemischen Industrie.

I.

Wir haben uns in der vorausgegangenen Nummer des „Proletariers“ mit den im Jahre 1911 erzielten Dividenden der chemischen Industrie befaßt und dabei konstatiert, daß das Jahresergebnis den Aktionären keinen Anlaß zur Unzufriedenheit bot, weil die Durchschnittsdividende stabil geblieben ist. Die Aktionäre denken allerdings anders. Sie verlangen mehr Dividende und lassen deshalb alle Wägen springen, um ihre Direktoren zur größten Arbeiter- und Beamtenausbeutung anzutreiben. Natürlich bildet sich bei diesen Versuchen ein Widerstand der Ausgebeuteten heraus, der immer schärfere Zuspitzung erfahren muß, je länger und drückender die Ausbeutung fortgesetzt wird. Im früheren Jahren löste das von Zeit zu Zeit Erzeße aus, die unter dem Ausdruck „wilde Streiks“ bekannt geworden sind. In den letzten Jahren kam aber, wenn auch reichlich spät, für die Arbeiter der chemischen Industrie die Zeit, wo sie sich in Massen für Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen rührten, den Wert einer modernen Organisation kennen lernten. Die Erfolge blieben nicht aus. In vielen Betrieben wurden Forderungen auf Lohnerhöhungen eingereicht und durch Eingreifen der Organisation in den meisten Fällen durch Verhandlungen friedlich erledigt. Nicht immer ging es glatt; die Voreingenommenheit der Unternehmer, Lohnforderungen auf dem Verhandlungswege von Organisation zu Organisation zu erledigen, verhinderte in manchen Fällen die friedliche Lösung der Konflikte, so daß der Streik als letzte Waffe in Anwendung kommen mußte, die dann auch in vielen Fällen, allerdings nicht immer, Erfolg brachte.

Das Bestreben der chemischen Großindustriellen geht nun dahin, diesen Einfluß der Organisation zu brechen. So kam es, daß sie auf ihrer letzten Generalversammlung sich mit den „Werkvereinen“, die zurzeit bei den Unternehmern als das beste Gegenmittel gegen die Gewerkschaften gelten, ausführlich beschäftigten. Referent über diesen Punkt war der unsern Lesern genugsam bekannte Kommerzienrat Goldschmidt aus Essen. Seine Ausführungen zeichnen sich zwar nicht durch besondere Klarheit aus, trotzdem müssen wir hier etwas näher darauf eingehen.

Eingangs seiner Ausführungen kennzeichnet Goldschmidt die industrielle Entwicklung Deutschlands. Die umwälzende Technik stellte „die große Masse unfres Bürgerturns“ vor schwierige Aufgaben. Pakten sich die Gewerbetreibenden, Handwerker und Kaufleute den Verhältnissen nicht an, so „gingen sie wirtschaftlich zugrunde und liefen in Gefahr, selbst und mit ihren Kindern in das Meer der großstädtischen Fabrikarbeiter herabzusinken. So mußten sie denn in eine neue Technik sich einarbeiten, neue Maschinen auf ihre Wirksamkeit studieren, gar selbst solche erfinden, mußten die Zahl ihrer Gesellen vermehren, verdoppeln, verzehnfachen, verhundertfachen. . . . So ward, oft in wenigen Jahrzehnten, aus dem Handwerker ein Industrieller, aus dem Krämer ein Großkaufmann.“

Die Vergrößerung der Betriebe entfremdete Unternehmer und Arbeiter, die persönlichen Beziehungen verschwanden. Als Ersatz dafür errichteten die Unternehmer nach Goldschmidt Wohlfahrts-einrichtungen, die aber trotzdem keinen vollwertigen Ersatz für die verloren gegangenen Beziehungen und das daraus entspringende Vertrauen bieten. Das ist zwar sehr schmerzhaft, aber daran ist nun nichts zu ändern. Wir waren und sind auch heute noch der Auffassung, daß die Wohlfahrts-einrichtungen nicht errichtet wurden als Ersatz für die verloren gegangenen Beziehungen, sondern daß sie als Beschwichtigungsmittel für etwaige Lohnforderungen Anwendung finden sollen. Allerdings haben sie in den meisten Fällen ihren Zweck nicht erfüllt.

Nun debuziert Goldschmidt weiter, daß infolge Verlustes der persönlichen Beziehungen sich ein Schwarm „eloquenter Streber“ und „gewerksmäßiger Publizisten“ auf die Arbeitermassen stützten, um sie, besonders nach Fortfall des Sozialistengesetzes, in politisch radikalem Sinne zu organisieren. Es begann eine „Hetze gegen die Arbeitgeber“, die als die natürlichen Feinde der Arbeiter hingestellt wurden. Es wurde „gehetzt“ gegen „Kaiser und Reich, Staat und Kirche, Verwaltung und Rechtspflege, Besitz und Bildung, Vaterland und Vaterlandsfreunde“. Wir sind es ja von Unternehmern nachgerade gewöhnt geworden, daß unsere Kritik an staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen als Heße hingestellt wird, so daß uns die Goldschmidtschen Ausführungen höchstens ein Lächeln abnötigen. Damit aber auch unsere Kollegen im Lande sich an der Entrüstung des Herrn Goldschmidt erfreuen können, wollen wir noch einige Sätze zitieren: „Es wurde den Massen vorgerebet, daß Sparfamkeit und Arbeitsamkeit sie doch niemals in bessere Verhältnisse bringen, ein Aufsteigen in höhere Gesellschaftsklassen für sie, die Enterbten, doch stets unmöglich sein würde, daß vielmehr nur eine gänzliche Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Einführung eines allgemeinen Besitzes an Stelle des persönlichen ihre soziale Lage, und zwar mit einem Schlage, ändern könne.“

Wir gestehen, bis auf die Worte „und zwar mit einem Schlage“, den letzten Satz gebraucht zu haben, und wir werden ihn auch noch in Zukunft gebrauchen müssen. Wenn man durch Sparfamkeit zu Besitz kommen will, dann muß für die Arbeitsamkeit, an der es die Arbeiter nicht fehlen lassen, ein Lohn bezahlt werden, der nach Befriedigung der notwendigen persönlichen und familiären Bedürfnisse ausreicht, eine Summe zuzulassen zu können, die auch ausreicht, dem Arbeiter nebst seiner Familie einen sorgenlosen Lebensabend zu ermöglichen. Die paar abgehungenerten, eigentlich mehr abgeprekten Spargroschen der Zwangsparlamente einiger Betriebe reichen selbst nach 100jähriger Sparamkeit dazu nicht aus.

Goldschmidt berichtet dann, daß die „aufgehetzten Massen“ in mächtigen Verbänden organisiert wurden. Die weiten Massen des Gesetzes wurden aufs größtmögliche mißbraucht, „um widerwärtige Arbeitskollegen in ihre Reihen zu bringen“. Also Terrorismus! Kenner der Arbeiterbewegung wissen, daß in dem § 153 der Gewerbeordnung ein Galgen errichtet ist, an dem Terroristen dieser

Art gehängt werden. Allerdings ist dieser Paragraph in der Regel nur für Arbeiter angewandt worden. Gätten wir in Deutschland kein Klassenrecht, so wäre auch schon mancher Großindustrielle wegen Terrorismus auf Grund obigen Paragraphen bestraft worden. Herr Goldschmidt, man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt!

Zum größten Leidwesen Goldschmidts fielen die Lehren dieser Agitatoren auf günstigen Boden. „Die Arbeiter wurden zu Lohnforderungen veranlaßt, die angesichts der Wirtschaftslage des betreffenden Industriezweiges nicht durchführbar waren.“ Bei 15 Prozent Durchschnittsdividenden der chemischen Industrie ist das eine lächerliche Behauptung. „Die Folge der sich häufenden Streiks und Ausperrungen war, daß Arbeiter, selbst mit guten Verdiensten, besonders in der Metallindustrie, nicht imstande waren, etwas zu verdienen, weil Streiks und Ausperrungen sie hinderten, ihrem Verdienst nachzugehen.“

Diese Logik kann sich allerdings nicht jeder zu eigen machen. Wenn organisierte Arbeiter zum Streik greifen, so tun sie das keineswegs aus Uebermut, sondern aus dringender Notwendigkeit. Dabei kann doch nur die Schutzforderung zutreffen, daß die Löhne nicht ausreichten waren, um leben, geschweige denn sparen zu können. Wenn deswegen dann Tausende von Arbeitern ausgesperrt werden, so liegt diese Maßnahme doch einzig und allein bei den Unternehmern. Sie sind es, die die unbeteiligten Arbeiter hindern, ihrem Verdienst nachzugehen. Im nächsten Artikel wollen wir das Goldschmidtsche Referat weiter verfolgen.

Moderne Gewerbehygiene.

Ueber moderne Gewerbehygiene sprach kürzlich Dr. Franke, der Leiter des „Instituts für Gewerbehygiene“ in Frankfurt a. M. in einer Versammlung des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Nach einem Bericht der „Frankfurter Volksstimme“ waren seine Ausführungen nach verschiedenen Seiten hin interessant. Franke führte folgendes aus: In der griechischen Literatur, dann im Mittelalter finden sich vereinzelt Berichte über Bleierkrankungen. Mit der Entstehung und Entwicklung der Großindustrie treten solche häufiger auf. Die Hüttenbetriebe von Annaberg und Goslar verzeichneten um 1600 bis 1700 Melitane, was durch ausführliche Berichte von zwei Ärzten bewiesen wird. Anfang des 19. Jahrhunderts bringt ein französischer Arzt schon 1217 Fälle von Bleikrankheiten.

Gewerbekrankungen und Unfallhäufigkeit hängen eng zusammen mit alkunger Arbeitszeit, schlechten Arbeitsräumen und mit dem zur Verarbeitung gelangenden Arbeitsmaterial. Vor 100 Jahren war noch eine 14- bis 18stündige Arbeitszeit üblich, sogar vierjährige Kinder wurden zur Arbeit verwandt. Daß die Tauglichkeit der Kräfte in der industriellen Rheinprovinz erheblich abnahm, gab Preußen im Jahre 1839 Anlaß, ein Regulatorium zum Schutze der Fabrikarbeiter herauszugeben. War damals Preußen aus militärischen Gründen genötigt, in puncto Arbeiterschutz in der Welt voran zu marschieren, so trifft das heute nicht mehr zu. (Es trat auch 1839 nicht zu. Als Preußen sein Regulatorium erließ, das, nebenbei bemerkt, nur ganz winzige Reformen enthielt, hatte England schon ein halbes Duzend ähnliche Gesetze erlassen. Im Jahre 1833 schon kam der sog. Vord-Mythorps-Akt zustande, der nicht nur Schutze der Kinder und Jugendlichen, sondern auch die Einführung der Fabrikinspektoren brachte. Auch die Schweiz hatte schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts Kinderzuschutzesetze und Österreich sogar schon am Ende des 18. Jahrhunderts. Preußen war also damals so wenig „in der Welt voran“ wie heute. Die Red. des „Proletariers“.) Australien hat den Arbeiterschutz zurzeit in weitestgehendem Maße gesetzlich geregelt.

Drei Arten von Krankheitsregenen kommen bei Gewerbekrankheiten in Betracht: Parasiten, Staub und Gift. Durch Parasiten werden verursacht: Milzbrand, Sphylis, Wurmkrankheit, Pocken, Lungentuberkulose usw. Verbreitert sind gewerbliche Schädigungen durch Staub, der beim Bearbeiten, Faden und Transportieren von Materialien entsteht. Dem Staub kommen mechanische und chemische Wirkungen zu. Exakte Messungen über eingatmeten Staub sind kaum möglich, doch sind die jährlich eingatmeten Staubmengen in manchen Berufen ganz beträchtlich. Große Staubmengen fortwährend eingatmet, machen die Lungen — besonders wenn noch schlechte Körperhaltung dazu kommt — empfänglich für Lungentuberkulose. Die Geleierten sind sich noch nicht einig, ob Tuberkulose eine Gewerbe- oder eine Wohnungstrankheit ist, vermutlich kommen beide Ursachen in Betracht. Die Zahl der Lungentuberkulosen und Krankheiten der Respirationorgane beträgt in häuslichen Betrieben durchschnittlich 2,4, in häuslichen Betrieben 5,4 Prozent. Von Steinmetzen haben 34,9 Prozent der Beschäftigten Erkrankungen der Atmungsorgane, 89 Prozent sterben an Lungentuberkulose. Die nächsthöheren Sterbeziffern weisen Blei- und Zinkarbeiter auf. Je nach der Art des Staubes, der sich in der Lunge festsetzt, rufen die Ärzte von Kohlenstaub, Eisenpulver, Kieselsäure, Tabak-, Ultramarin-lunge usw., die einzelne spezielle Verurteilung aufweisen.

Durch zweidimensionale Abzugsvorrichtungen muß die Entfernung des schädlichen Staubes vorgenommen werden. Dabei ist zu beachten, daß nicht nur im Interesse der Gesunderhaltung der Arbeiter, sondern auch zur Wiedergewinnung wertvoller Staubarten eine gute Abzugsanlage sich bezahlt macht.

Der Referent verbreitete sich noch über die Symptome der Gewerbekrankheiten, die durch Phosphor Chrom und Blei verursacht werden. In 14-jähriger Jahre langen und zähen Kampfes habe es bedurft, bis das Verbot der Verwendung von weißem und gelbem Phosphor bei der Zündholzfabrikation in Kraft trat, bis das Profitinteresse dem Arbeiterschutz weichen mußte.

Die durch Einwirkung von Chromatstaub und -dämpfen verursachten Geschwüre an den Händen und Vorderarmen sowie die Perforation der Nasenschleimhaut seien verhältnismäßig harmlose Erkrankungen. Blei und seine Verbindungen rufen Vergiftungen mit schweren Folgeerscheinungen wie Bleilähmung, Schruppmiere, Lähmungen der Gliedmaßen und bei Frauen außerdem noch Störungen der Sexual-tätigkeit, zum Beispiel Früh- und Fehlgeburten hervor. Trotzdem hält Franke die Bleigerahren in Deutschland für nicht so groß. Er meinte, es sei ihm nicht mal mit Hilfe des sozialdemokratischen (?) Fabrikarbeiterverbandes gelungen, für „Demonstrationszwecke“ einen Arbeiter mit schwerer Bleierkrankung aufzufinden und „der Fabrikarbeiterverband hätte es, Sie dürfen mir's glauben, genau getan“. Dr. Franke wandte sich nämlich an die Frankfurter Bahnhofsleitung. Nun ist im Frankfurter Stadt- und Landbezirk keine Bleiweißfabrik, so daß bleibende Fabrikarbeiter selten sein müssen. Trotzdem hat unsere Bahnhofsleitung durch Vermittlung der Verbände der Maler und der Buchbinder seierzeit zwei mit Blei vergiftete Arbeiter zu Demonstrationszwecken beschafft, die in dem gewerbehygienischen Fortbildungskursus in diesem Jahre auch vorgestellt wurden. Jedenfalls mutet uns diese Begründungsmethode Franke recht eigenartig an. Er wirft aber schon in den nächstfolgenden Worten seine Behauptungen über den Hanten. Es heißt da in dem Bericht: „Nach diesem kleinen Seitenstück war es nun so erforderlich, daß der Vortragende auch das Verhalten einzelner Hanten gezeigte, deren Ärzte keine Bleikrankheiten finden dürfen und die bei den leichteren Bleierkrankungen die Diagnose immer auf Magen- und Darmkrankheit stellen. Dieses Verfahren hat durch einen Münchner Professor etwas Abdruck erhalten, der an Hand der Annahmen der Frankfurter in den Bleibezirken eine drei- bis viermal höhere Bleierkrankungsziffer als die offiziell angegebene feststellte. Bis jetzt hätten die Bleimerke offenbar diese Zahlen angegriffen, im geheimen aber desto mehr darüber geschimpft.“ Wenn die Bleimerke heimlich darüber schimpfen und öffentlich die Zahlen angreifen, so heißt das aus gutem Grunde: Der Münchner Professor hat recht, aber wissen soll die Öffentlichkeit nicht, daß er recht hat; deshalb Kampf gegen ihn bis auf's

Messer. Weiter würden die Bleierkrankungsziffern deswegen herabgetrieben, weil viele Arbeiter Gelegenheitsarbeiter sind, die nach relativ kurzer Arbeitszeit wieder die Werte verlassen und deshalb mit den leichteren Erkrankungsformen davonkommen. Auch von der Statistik werden diese Leute nicht erfasst.“ Na also! Man ein bißchen offen heraus mit der Sprache, wenn's auch schwer fällt!

Im nächsten Augenblick hatte der Referent dann wieder nach rechts. Er meinte, in Arbeiterkämpfen müsse man den Standpunkt der Weisheit verlassen und auf die Industrie die weitestgehende Rücksicht nehmen. Uns wundert diese Schlussfolgerung nicht besonders. Wir haben das Institut für Gewerbehygiene das mit erheblichen Mitteln der Unternehmer der chemischen Industrie gegründet ist und von ihnen weiter subventioniert wird, immer als ein im Dienste des Unternehmertums stehendes Institut betrachtet. Das bleibt es auch, trotz seines sozialen und gewerbehygienischen Außenanspruchs, solange die Mittel auf diese Art und Weise aufgebracht werden. Die Notwendigkeit eines solchen Instituts bestreite wir nicht, aber unabhängiger muß es bestehen.

Nachdem Franke in vielleicht ungewollter Weise den kapitalistischen Pöbel ein wenig gezeigt hatte, stellte er am Schluß seiner Ausführungen diesen auf, denen auch wir zuzustimmen. Sie lauten:

1. Mächtiger Arbeiterschutz ist immer mit Nutzen für die Industrie verbunden.

2. Arbeiterschutz darf nicht in der Richtung des Ausschusses von Wohlfahrts-einrichtungen liegen, sondern in der Richtung der Betriebshygiene, für die auch mehr wie bisher die Ausbildung des Technikers zugeschnitten werden muß.

Die weitestgehende Rücksicht auf die Industrie besteht nun darin, daß man bestrebt ist, die Ertragsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen. Von diesem Gesichtspunkt kann und soll man sich, wenn Arbeiterschutz in Frage kommt, nicht lösen lassen sondern unbekümmert um eine etwaige Schmälerung des Reingewinns die Schutzmaßnahmen durchführen. Nach den Heften Franke's bringt richtiger Arbeiterschutz immer Nutzen für die Industrie so daß letzterer folglich immer größer wird, je besser die hygienischen Einrichtungen getroffen sind. Man vergleiche mit dieser Aeußerung die Klagen der Unternehmer über zu hohe Belastungen durch Schutzvorrichtungen und auch die Klagen der Gewerbeinspektoren, die öfters berichten, daß diese und jene Schutzmaßnahmen wegen der Befürchtung der Unrentabilität des Betriebes nicht durchgeführt werden konnten, und man wird finden, daß so manche Unternehmerlage übertrieben ist.

Dem Urteil Franke's über das Bestehen der Unternehmer, den Arbeiterschutz durch Wohlfahrts-einrichtungen zu fördern, haben wir nichts hinzuzufügen. Würden diese Summen für Betriebshygiene verwandt, so würde es um die Gesundheit vieler Arbeiter besser stehen.

Die mißhandelte Schutztruppe.

Die christlichen Gewerkschaften, die den Unternehmern als Schutztruppe dienen und mit ihnen unter strenger Abkündigung des Klassenkampfes in Frieden und christlicher Eintracht leben möchten, bekommen dafür zu rechter Zeit ihre haarscharfsten Forderungen. Bei dem Karbidwertstreik in Bayern hat sich fast sämtliche Arbeiter in dem Streik getreten. Die Leute sind, mit ganz wenigen Ausnahmen, christlich organisiert. Nicht ein einziger Sozialdemokrat ist dabei. Ueber die Ursachen der Lohnbewegung unterrichtet nun folgendes Inserat in der „Donau-Zeitung“ (Nr. 606 vom 8. Dez.) des Herrn Dr. Böhler:

Zur Aufklärung über den Streik im Karbid-Werk Freyung i. B. Wald.

Untern 20. November haben sämtliche Arbeiter des Werkes die Arbeit niedergelegt. Grund hierfür war daß die Fabrikdirektion bei einer die Gesundheit untergrabenden Arbeit sich weigerte, mehr als 2 Mk. und 20 Pf. pro Tag zu bezahlen. Die Behandlung war eine äußerst schlechte. Die Vorgesetzten waren beauftragt, mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter vorzugehen. Ein Beweis hierfür ist aus einem Briefe, den der freiwillig aus dem Betriebe ausgeschiedene Wertmeister, Herr Jakob, an die Arbeiter des Karbid-Werkes richtete, zu ersehen. In dem Schreiben heißt es:

„Ich bin Mensch zu Menschen gewesen, aber das hat man mir eben zur Last gelegt. Es wurde von seiten der Betriebsleitung eine direkt ungerechte Behandlung der Arbeiter verlangt, wie sie jetzt auch wahrscheinlich betätigt wird.“

Diese Stellen sprechen Bände, rechtfertigen aber das Verhalten der Arbeiter. Es ergeht an die Arbeitergast die Bitte, in diesem Betriebe keine Arbeit anzunehmen.

Das Komitee der streikenden Arbeiter

J. L. Wettemann

Die christlichen Arbeiter haben recht; diese Stellen sprechen Bände. Nicht minder bezeichnend wirkt es aber auch, daß diese Aufklärung im Inseratenteil des Passauer Zentrumsblätters veröffentlicht werden mußte. Im redaktionellen Teil haben die Zentrumsblätter anerkennend für ihre christliche Geselligkeit, soweit sie sich aus Arbeitern rekrutiert, keinen Platz.

Dr. Goldschmidt erweitert seine Goldschmiede.

Zwischen den Aktiengesellschaften „Th. Goldschmidt“ in Essen und „Chemische Fabriken Bernshelm-Henbrück“ ist eine Verschmelzung zustande gekommen. Die Bernshelm-Henbrück-Gesellschaft bekommt für ihr Aktienkapital von 1 Million Mark 800 000 Mk. Aktien der Goldschmidt-Gesellschaft. Die Bernshelm-Henbrück-Gesellschaft hat vor kurzem das Rheinener Werk der chemischen Fabrik „Rhenania“ im Werte von 3 Millionen Mark erworben und eine Modernisierung desselben durch Um- und Neubauten beabsichtigt. Die Erledigung dieser Aufgaben hätte ohne Erhöhung des Aktienkapitals nicht gut durchgeführt werden können. Nachdem die Fusion mit der Goldschmidt-Aktiengesellschaft stattgefunden hat, werden die Schwierigkeiten des Planes im Reviere der Goldschmidt-Aktiengesellschaft leichter behoben werden. Letztere erhöht ihr Kapital deshalb um mehrere Millionen Mark.

Dieser Vereinigungsplan hat seine tiefen legenden Gründe. Der Kommerzienrat Goldschmidt ist Großaktionär und Aufsichtsrats-Vorsitzender der Bernshelm-Henbrück-Gesellschaft, Mitglied des Aufsichtsrats im auserdem Dr. Hans Goldschmidt. Wenn zwei Goldschmidts in so einflussreicher Position der Gesellschaft Bernshelm-Henbrück sitzen, so wissen beide über das Finanzgebahren gut Bescheid. Deshalb sollten sie zu ihrer bisherigen nicht eine neue Goldschmiede, die 1911 8 Prozent und 1912 voraussichtlich 10 Prozent Dividende bringt, überlassen?

Schwerer Unfall in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen.

Am Freitag, dem 13. Dezember, mittags gegen 2 Uhr, erfolgte im Trockenraum des Naphtholbetriebes eine Explosion, bei welcher zwei Arbeiter stark verbrannten, wovon einer noch am selben Abend seinen Verletzungen erlegen ist. Im Trockenraum wird das Naphthol in Pfannen getrocknet. Durch eine Tür ist der Trockenraum mit der Naphtholmühle verbunden. Die beiden verunglückten Arbeiter hatten gerade den Trockenraum verlassen und standen in der Nähe an einer größeren Menge trockenen Naphthols, das in Blechbüchsen gefüllt war, als ein Feuerstrahl aus dem Explosionsherd durch die Tür schlug und auch die trockene Farbe in der Mühle zur Explosion brachte. Die Kleider der Arbeiter waren mit Naphtholstaub durchsetzt, lieferten also ebenfalls Explosionsstoff. Direkt nach der Explosion hinneulende Personen fanden einen Arbeiter in der Nähe stehend, jeder Kleidung beraubt, die Haut am ganzen Körper verätzt, während der andere in demselben Zustand sich am Boden wälzte. Der eine Arbeiter namens Sachs war Familienvater und verstarb noch abends, der andere, namens Richter, ein junger 21jähriger Kollege, der erst kurze Zeit in der Fabrik arbeitet, befindet sich in bedauerlichem Zustande im Krankenhause.

So hat die chemische Industrie in Ludwigshafen wieder einmal Blutopfer gefordert. Ginge der Profit der Aktionäre nicht über das Wohl der Arbeiter, so hätte vielleicht ein fündiger Kopf die Gefahren bei der Produktion solcher gefährlicher Stoffe auf ein Minimum herabgemindert. Aber der Fortschereist betätigt sich nach einer andern Richtung. In dem Streik der Diebe trannt eine Witwe mit ihren Kindern um den verunglückten

Gatten und Vater; eine andre Familie, fernab vom Schauplatz des Unglücks, in Berlin, verzehrt sich vielleicht in Tränen um das Wohl ihres Kindes und Bruders. Aber die Arbeiter haben kein Risiko zu tragen, auch wenn sie ihren Leib zum Opfer bringen müssen. Nur die Millionäre tragen ein Risiko. Sie könnten zu einem Bruchteil ihres Kapitals einbüßen. Um für diese schreckliche Möglichkeit entschädigt zu werden, müssen sie eine riesige Risikoprämie in Form einer Prozentsigen Dividende haben.

× Unfälle in Werksbetrieben.

Durch Explosion entstand am 13. Dezember im Betriebe der Gießerei Kupferberg ein Brand, der in den aus Holz hergestellten Arbeitsräumen reiche Nahrung fand. Ein Arbeiter und zwei Arbeiterinnen hatten durch die Explosion im Gesicht Verletzungen unerbittlicher Art erlitten. Ein Unglück, das beinahe drei Menschenleben forderte, geschah am 12. Dezember in der Abteilung Schneefräse der Farbwerke Leuzfeld. Der Schneefräser wird durch einen Silo geleitet. Dieser war nun verstopft, so daß nur noch kleine Mengen nachauswärts. Darauf wurden drei Mann in den Silo geschickt, um sich die stauende Masse zu lösen. Mächtig wuchsen die Massen nach und begruben einen Arbeiter im Silo selbst, während die andern beiden durch die nachdringenden Massen zur Öffnung hinausgeworfen wurden. Der eine Arbeiter hat anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten.

Keramische Industrie

Die Lage am Zementmarkt.

Der Baumarkt sieht andauernd im Zeichen der Stagnation. Mit Ausnahme einiger der großen Städte wird verhältnismäßig wenig gebaut. Der hauptsächlich wirkende Hemmungsfaktor ist der hohe Preis für Leihgeld. Der Zinssatz für Hypotheken zur zweiten Stelle ist in kurzer Zeit um circa 2 Prozent gestiegen. Oft werden die Hypotheken von den Gläubigern gekündigt nur zu dem Zwecke, um von dem Schuldner eine neue „Vermittlungsgebühr“ zu ergattern. Baugelder kosten sehr oft 7 bis 10 Prozent.

Die so herausgewachsenen Verhältnisse verteuern das Bauen, natürlich auch die Mieten in ganz außerordentlicher Weise. Kein Wunder daher, daß der Baumarkt aus dem Stadium der Ruhe nicht hinaus kommen kann. Die schlechte Verfassung des Baumarktes wirkt naturgemäß in derselben Richtung auf die Zementindustrie. Gerade sie ist in erheblichem Umfange von der Konjunktur im Baugewerbe abhängig. Trotzdem sind die Produktions- und Absatzverhältnisse der Zementindustrie verhältnismäßig günstig. Das spricht auch der Geschäftsbericht der Lothringer Portland-Zementwerke im Elsaß offen aus. Als ein Symptom stellen wir das voraus. Der Bericht bemerkt: Während der letzten Monate habe sich im Gebiete der süddeutschen Zementverkaufsstelle eine erhebliche Abschwächung fühlbar gemacht, deren Ursache zum Teil in dem Auftreten neuer leistungsfähiger Werke, dann aber auch in der Ungunst der Witterung und in dem Daniederliegen der privaten Bautätigkeit — im Zusammenhang mit der außerordentlich erschwerten Hypothekenbeschaffung — zu suchen sein dürfte. Trotzdem würde an sich das Gesamtresultat des laufenden Jahres voraussichtlich die Ausschüttung einer gegen das Vorjahr etwas erhöhten Dividende gestatten. Die Verwaltung glaube aber, mit Rücksicht auf die allgemeine Geschäftslage und die Unsicherheit der Verhältnisse auf dem Zementmarkt insolge der zu erwartenden Aufhebung des rheinisch-westfälischen Syndikats wiederum nur die Ausschüttung von 8 Prozent, wie für 1911, in Aussicht nehmen zu sollen. — Der Grund, weshalb man besonders vorsichtig war, ist mittlerweile hinlänglich geworden. Nach langen Auseinandersetzungen ist endlich die weitere Existenz des rheinisch-westfälischen Zement-Syndikats vorläufig bis Ende 1913 gesichert. Damit bleiben auch die mit einer Reihe anderer Verbände getroffenen Vereinbarungen über Preise usw. in Wirksamkeit. Das bedeutet eine erhebliche Abschwächung der Preisämpfe. Den Werken eröffnet daher die Verständigung die Aussicht auf Steigerung der Ertragskraft. Scharfsichtig ist daher, daß die Aktien-Kurse nun wieder anzusehen.

Sehr günstig gestalteten sich die Verhältnisse auf dem Auslandsmarkt. Die Ausfuhr ist außerordentlich gestiegen. Der Export von Zement erreichte in den ersten 10 Monaten 1912 8 681 033 Doppelzentner gegen nur 6 989 774 Doppelzentner in derselben Zeit des Vorjahres und 6 056 907 Doppelzentner in der gleichen Periode 1910. Im Monat Oktober dieses Jahres konnten 1 038 260 Doppelzentner in das Ausland gebracht werden; das sind 268 376 Doppelzentner mehr, als im Vorjahre. Die Steigerung macht 32 Prozent aus. Andererseits ist die Einfuhr nur sehr wenig gestiegen und bleibt auch absolut sehr weit hinter der Ausfuhr zurück. Im Jahre 1911 wurden in den ersten 10 Monaten 2 186 158 Doppelzentner eingeführt, im laufenden Jahre nur etwas mehr, nämlich 2 301 217 Doppelzentner. Hielt man nur den Monat Oktober in Betracht, dann zeigt sich sogar ein Rückgang in der Einfuhr. Im Oktober dieses Jahres kamen nur 184 287 Doppelzentner vom Auslande nach Deutschland, im gleichen Monat des Vorjahres waren es noch 202 112 Doppelzentner.

Im Zuge dieser für die deutsche Industrie weitestgehend außerordentlich günstigen Entwicklung verlangen die Zementindustriellen einen höheren Schutz, weil sonst die ausländischen Unternehmungen zu haben ist, das zeigen die entsprechenden Angaben von einer amerikanischen Firma, die sich mehrfach nicht geirren werden. Das Abwärtens um so weniger, als die Unternehmungsverbände mit der nationalen Firma sich ebenso gut über die Grenzen hinaus über Verrechnungen und Marktabgrenzungen verständigen, wie untereinander in Deutschland selbst.

Diese Lage stellt eine Verunsicherung über den Bestand des belgischen Zement-Syndikats her. Sein Bestand ist durch die Tätigkeit von Arbeiterparteiern gefährdet. Es befindet sich in ähnlicher Situation, wie das rheinisch-westfälische Syndikat. Ein Teil der eigenen Mitglieder gründeten neue Werke, mit denen sie sich nicht angeschlossen. In dem dem Syndikat gehörige Konkurrenz bereiteten den Belgiern wird auch von Deutschland aus Konkurrenz gemacht. In letzter Zeit in verschiedenen Rufen. Im Oktober 1911 gingen aus Deutschland nur 7 810 Doppelzentner Zement nach Belgien, im Oktober dieses Jahres jedoch 11 731 Doppelzentner. Die Zunahme beträgt über 50 Prozent. Die Verhältnisse auf dem von Belgien und Deutschland besetzten Märkten waren bisher durch eine Verständigung zwischen den Verbänden wenigstens in gewissem Umfange geregelt worden. Mit einem Aufsteigen des belgischen Syndikats würde natürlich auch die Abwärtens hinlänglich und sie würden dann durch eine Reihe wider Preisämpfe abgelöst werden. Was die allgemeine Preisentwicklung anlangt, so darf man für das nächste Jahr wohl mit einer Steigerung rechnen. Nach-

gebend dürfte der Beschluß des rheinisch-westfälischen Syndikats sein, für das nächste Jahr nur mit einem Aufschlage von 10 Mark zu verkaufen.

Sept im nächsten Jahre die schon lange erwartete günstige Bautätigkeit ein, dann darf auch die Zementindustrie mit glänzenden Erträgen rechnen. Vorläufig allerdings verbuntelt den Konjunkturchimmel noch eine recht drohende Wolke. Aufschneid wollen die Macher im Baugewerbe einen großen Kampf herbeizuführen, um die Gewerkschaften und die Arbeiter unter ihren diktatorischen Willen zu zwingen. Kommt es infolgedessen zu einem Streit oder einer Aussperrung, die alle Baugewerbe in Deutschland in Mitleidenschaft zieht, dann bleibt naturgemäß auch das Zementgewerbe nicht verschont. Die Industriellen können sich dann für den Unfalls bei den Bauarbeiten behaupten. Zu den Beitragsgebern gehören dann auch die Arbeiter. Den Arbeiter muß das zu der Erkenntnis bringen, daß er sich seiner Gewerkschaft anzuschließen hat, um mit dieser der Willkür des Kapitals wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.

— Ein netter Ziegeleimeister. In der Ziegelei Süttmann u. Hunsenlamm in Essen an der Ruhr hat seit einigen Jahren ein Ziegeleimeister Wolter, ein gar lebenswürdiger Mensch, der auf das Wohl seiner Arbeiter äußerst bedacht ist. Schon im verfloffenen Sommer konnten wir berichten, daß er seine Ziegeleimeister immer so regulierte, daß seine Ziegler möglichst lange in Bewegung blieben, jedenfalls, um sie vor einem Schmerzbau oder steifen Gliedern zu bewahren. Jetzt wird uns mitgeteilt, daß er auch bestrahlt war, den Ziegler den Geldbeutel zu erleichtern, indem er für die „Kommunne“ wöchentlich 4 Mk. bezahlte. Dabei soll der Sped, der dabei Verwendung fand, durchaus nicht erschlaffen gewesen sein. Vielleicht dachte der gute Meister, in der Zeit, wo so manche Arbeiterlöhne nicht nur auf das Pferd, sondern sogar auf den Hund gekommen ist, kann auch der Ziegler mit rangigem Sped zufrieden sein. Als das einige Ziegler durchsah nicht begreifen wollten und auf die billige „Kommunne“ verzichteten, hängte der liebe Wolter den unbotmäßigen Arbeiter die Spedetten höher und nun gab's statt Erbsen mit Sped nur noch Erbsen mit Knochen, welche letztere er sich täglich vom Schlachter holen ließ. Damit war das so oft gebrauchte Wort: „Den Unternehmern das Fleisch, den Arbeitern die Knochen“ verwirklicht, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Fleischration der Herren Besitzer aus einer Portion Knochen besteht.

Der Meister Wolter ist aber nicht nur ein Arbeiterfreund, er ist auch ein Tierfreund. Er hat unter anderem auch einige Hunde, denen er ein liebevoller „Herr“ ist. Die Viehe zu diesen vierbeinigen Freunden gehet sogar so weit, daß diese von dem Essen der Arbeiter zuerst ihren Teil erhalten und das übriggebliebene erhalten dann die Arbeiter vorgesetzt, so daß diese meistens jungfräulich um Tisch gingen. Also zuerst die Hunde, dann die Arbeiter. Kechnliche Beachtung wird den Arbeitern auch in allen andern Beziehungen zuteil. Der Schlafraum wird oft wochenlang nicht ausgefegt, obwohl das Stroh zum Streuen hindurchgeschleift wird und der Raum deshalb einem Schweinestall nicht unähnlich ist. Im Speisezimmer waren diesen Herbst Kartoffeln, Muntelröhren und sonstiges Futter aufgehäuft, so daß sich Schweine und Schame einfanden, am im Speisezimmer der Arbeiter zu speisen. Daß bei solchen Umständen Meister Wolter bestrebt ist, sein idyllisches Reich den neugierigen Blicken ungebeter Gäste zu entziehen, ist erklärlich. Einem fähiger bei ihm beschäftigten Arbeiter, der sich unterstand, auch nachher all die Wolterischen Herrlichkeiten zu schauen, schrieb er folgenden Brief:

„Ich fühle mich veranlaßt, seit der Ueberzeugung vom 5. 8. 12, daß ich Dir das Betreten der Ziegelei Gebr. Süttmann hiermit Verbieten muß. Also: das Betreten der Ziegelei ist Dir hiermit Strengstens untersagt. Falls ich mein Polizeiliches Recht gebrauche sonst Höflichst Geheiß.“

Der Meister Wolter ist sich also anscheinend wohl bewußt, daß in seinem Paradies nicht lauter Milch und Honig fließt. Bäre dem so, dann braucht er sich nicht als Cherubim mit dem Flammenschwert des „Polizeilichen Rechts“ vor dem Eingang aufzupflanzen. Solange er das tut, beweist er, daß in seinem Paradies auch Dornen und Dornen zu finden sind. Diese anzurühren, wäre wohl eine unglückliche Beschäftigung für den klugen Cherubim, als mit der roten Büttelgewalt zu drohen. Also, lieber Heinrich, krad dein Flammenschwert in die Scheide und bewachte dich mit einem Besen, damit deine Anwesenden nicht länger im Unrat wandeln müssen!

— Das christliche Keramarbeiterverbände tangt nichts!

Nachstehend bringen wir den Brief eines Steinarbeiters, der dieser als ehemaliges Mitglied der „Christen“ an die Redaktion des „Steinarbeiter“ gelangen ließ, in dem ein recht treffendes Urteil über das schwarze Gebilde gefällt wird. Es heißt so:

Werte Redaktion!

Mit großer Freude ging ich in die Fremde, um die verschiedensten Steinbruchsgebiete kennen zu lernen. Ich war christlich organisiert und befand mich in dem guten Glauben, daß jener Verband nun in der Steinindustrie stark vertreten wäre. Aber weder in Sachen, noch in Dingen. Nicht, noch im Streikgebiet, noch in den verschiedenen Städten konnte ich von der Existenz des so viel gepriesenen christlichen Keramarbeiterverbandes etwas bemerken. Wehe, wenn ein Steinarbeitermitglied jenes Verbandes auf Reisen geht, und es würde auf die Rekrutierung angewiesen sein. So ist hinlänglich, daß ich häufige Besuche des Zentralverbandes deutscher Steinarbeiter (Sip Leipzig), und ich wurde trotz meines „Schwarzen“ Buches überall freundlich aufgenommen und finanziell schon unterstützt. Auf meinen Wanderungen wurde mir erst bewußt, wie großen Einfluß der Leipziger Verband in der deutschen Steinindustrie hat. — Das freundliche Entgegenkommen der Kollegen hat mir besonders an, nirgendwo bemerke ich etwas, daß man mich terrorisieren wollte. Ich kann gar nicht begreifen, wo die Zentralspreise, die eng mit den gewerkschaftlichen Organen verbunden ist, tagtäglich die Schauer geschichten über den Terrorismus hermannt. — Hätten mich nicht die „roten organisierten“ Kollegen im weitesten Maße unterstützt, fürwahr, ich hätte viel Hunger leiden müssen. Ich war nunmehr in den roten Verband ein, denn was nützt mir der Keramarbeiterverband, der in der Steinindustrie nicht die geringste Verbreitung hat. Meine Reifeinblicke sagen mir, daß die christlichen Organisationen nur ein recht kümmerliches Dasein führen.

Mit kollegialen Gruß (Höflich Unterzeichnet)

Diese Erfahrungen des Steinarbeiters wird wohl auch schon so mancher anderer Kollegen gemacht haben, denn in den für uns unabhängigen Gebieten der keramischen Industrie haben die Herrschaften noch geringeren Einfluß als in der Steinindustrie. Sie sind bedeutungslos überall.

— Wer trägt die Schuld?

Am 3. Mai d. J. erregte sich in der Ziegelei von Hoppe in Altenbaum bei Hamburg ein beauerlicher Unglücksfall, dem der Ziegeleimeister Döcker zum Opfer fiel. An dem betreffenden Tage lag durch Zufall ein Landwirt, der auf dem Hof der Ziegelei zu sein hatte, als er einen Blick ins Ziegeleien warf, daß der Ziegeleimeister D. an eine Transmissionswelle herangekommen war. Der Junge ließ sofort die Maschine abstellen, damit der Bedienstete aus seiner Lage befreit werden konnte. Der Ziegeleimeister hatte aber solche gefährliche Verletzungen erlitten, daß er nach drei Tagen im Vergehörten Krankenhaus an den Folgen der Verletzungen starb. Der Ziegeleimeister Karl Frogmann, der den Betrieb auf der Ziegelei zu leiten hatte, hat sich heute daher wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Ihm wurde gar Laß gelegt, daß er als Ziegeleimeister nicht die nötigen Schutzmaßnahmen an der Transmissionswelle angeordnet hat. Auch die Unfallversicherungsvorschriften der Ziegelei-Gewerkschaft (Artikel in § 37, wo das überstehende Zeile einer Welle, die sich 1,8 Meter über dem Boden befindet, unweigerlich sein müssen. Der Angeklagte erklärt, daß der Teil der Welle, an dem der Ziegeleimeister umgefallen war, sich in einem besonderen Raum befand. Seit 15 Jahren befindet sich dieser Teil schon in derselben Verfassung und

war der Zugang zu der Welle nicht für jedermann zugänglich. Der Unfall ist jedenfalls auf die Weise entstanden, daß D. die Maschine zu schmierem vergaß und es daher während des Betriebes vorgekommen hat. Bei der Gelegenheit wird die Kleidung des Arbeiters von der Welle erfaßt worden sein. Wenn die Maschine still steht, kann man sehr gut an die Schmierbüchsen herantreten, so daß keine Gefahr besteht. Der als Sachverständiger vorgekommene Gewerkschaftsinspektor Stenzel sieht auf dem Standpunkt, daß dem Angeklagten ein Verschulden an dem Unfall beizumessen sei. Er liess befand sich die Transmissionswelle 40 Zentimeter über dem Boden, war armiert und hatte 150 Umdrehungen, so daß schon auf Grund der Unfallverhütungsvorschriften die Welle hätte unweigerlich sein müssen. Als Milderungsgrund kommt aber bei dem Angeklagten in Betracht, daß auch der Getidete gegen die Betriebordnung verstoßen hat; er hätte niemals während der Arbeit die Maschine schmierem dürfen. Auf Grund des Gutachtens beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Rechtsanwalt Dr. Vogt trat für die Freisprechung des Angeklagten ein, da derselbe in objektiver Weise keine Fahrlässigkeit vorgekommen werden kann. Nach seiner Ansicht sei der Unfall durch das gefahrvollere Verhalten des Getideten herbeigeführt worden. Das Gericht folgte dem Antrag des Verteidigers, da nicht mit Sicherheit festgestellt werden ist, daß der Unfall während des Betriebes entstanden sei. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen. Es ist beinahe wertlos, daß die Sünder wider den Arbeiterstand fast immer milde Richter finden. Die Arbeiter sind da viel weniger glücklich. Die Berufsgenossenschaft wird selbstverständlich auch diesen Fall unter die Rubrik: „Schuld der Arbeiter“ buchen und kein Mensch wird es später den toten Zahlen ansehen, wie die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Kundschau.

Die Kameraden. Herr Kamerad! Unter dieser Krone beginnt gewöhnlich die Aufzählung zum Beitritt in die Krieger- und Militärvereine. Und nicht zuletzt wird mit dem Hinweis geprahlt, daß der Verein jedem (1) verstorbenen „Herrn Kameraden“, wenn er Mitglied war, als letzte Ehre ein „militärisches Begräbnis“ veranstaltet.

Es ist ja genugsam bekannt, daß der „Herr Kamerad“ fast an Bedeutung verliert, wenn er nur (1) Arbeiter ist. Ebenso bekannt ist, daß dem Herrn Arbeiter-Kameraden, wenn derselbe zu Lebzeiten Mitglied seiner gewerkschaftlichen Organisation war, häufig ein militärisches Begräbnis verweigert wird. Aber neu dürfte sein, daß ein Krieger- und Militärverein den militärischen Eramt verpicht (mit der Bedingung, die „Koten“ dürfen nicht mit), und dann — nicht kommt obwohl die „Koten“ eine Beteiligung überhaupt nicht planen. Darum sei ein Vorkommnis, das in Ansbach fast diskutiert wird, hier berichtet. Es mag für manchen Arbeiter Anlaß sein, dieses „Herr Kamerad“ richtig einschätzen zu lernen.

In der letzten Novemberwoche verstarb ein Mitglied unseres Verbandes an der Proletarierkrankheit. Auf Sterbebett hatte die Witwe keinen Anspruch. Die Voraussetzungen (Statut § 17) waren nicht erfüllt. Daher beschloß die Verwaltung unter Zustimmung der in der nächsten Verhältnisse lebenden Witwe an Stelle eines Kranges einen entsprechenden Betrag in bar zu überweisen. Der Witwe wurde, was in diesem Falle zu tun war. Am Tage vor dem Begräbnis kam die Witwe in das Gewerkschaftsbüreau und bat, der Verband solle keinen Vertreter schicken, weil sonst der Verein ehemaliger 14er die Beteiligung verweigere; sie habe eine dahingehende Nachricht vom Vorstand erhalten. Selbstverständlich wurde von unserm Büreau der Wunsch erfüllt.

So war die Bahn frei für die tapferen Militärvereine, welche diese Freiheit dazu benutzten, sich unsterblich zu blamieren. Es erschien nämlich — ein Vertreter, und wie man hört, nicht einmal offiziell! Von Fahren ohne seine Spur. Die Witwe hatte die Witwe selbst bestellt und sie muß sie wahrscheinlich auch selbst bezahlen. Unse Kollegen die noch in solchen Vereinen Mitglied sind, mögen sich diesen Beweis „treuer Kameradschaft“ zur Notiz nehmen.

• Heimarbeiters in Irland.

Ein amtlicher Bericht des englischen Ministeriums des Innern über die Arbeitsverhältnisse in der irischen Zementindustrie und verwandten Gewerben enthält zahlreiche Einzelheiten über die Notlage der Arbeiterschaft. Die Gewerbe werden meist hausindustriell betrieben und beschäftigen fast ausschließlich Frauen und Kinder. Es sind meist Witwen und unverheiratete Frauen, die von ihrem eigenen Erwerb leben, verheiratete Frauen, deren Männer arbeitslos sind oder als unqualifizierte Arbeiter sehr niedrige Löhne verdienen. Die Untersuchungskommission fand, daß die wichtigsten Arbeitsbedingungen einfach unbedeutend gelassen wurden. In der Handhabe und Deklamationsnäher, die die Untersuchungskommission als „hochqualifizierte Gewerbe“ bezeichnet, erhalten viele Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 2 Pence bis zu einem halben Penny. Die Kommission erwähnt einen Fall, der besonders unterteilt wurde. Eine junge Frau von 28 Jahren war mit der Herstellung von Hemden zu 9 Pence das Duzend beschäftigt. Nach Abzug des Zehners und der Straßenbahnfahrkosten verblieb sie 1/2 Penny die Stunde. Die Folge ist, daß Frauen und Kinder oft täglich bis 20 Stunden arbeiten müssen, um einen Hungerlohn zu verdienen.

In ländlichen Gebieten sind die Zustände noch schlimmer, weil die Arbeiter noch von diesen Hungerlöhnen einen Teil an Vermittler abgeben müssen. Die Kommission berichtet, daß Kinder, die das Material und die fertige Ware vom Unternehmer nach Hause und zurückbringen, dieser Arbeit eine dauernde Misformung ihrer Glieder und namentlich verwaissene Schultern davortragen.

Die Untersuchungskommission ist der Ueberzeugung, daß die Arbeiter infolge ihrer kümmerlichen Lage und des vollständigen Mangels an Organisationen auf sich allein angewiesen, gänzlich widerstandsunfähig sind, und daß der Staat ihnen zu Hilfe kommen müsse. Sie schlägt für die Zementindustrie und verwandte Gewerbe in Irland, die Einföhrung staatlicher Lohnämter vor, die nach dem Muster der englischen Minimallohne festsetzen sollen.

Die Herren vom Stahl und von der Dividende.

Sie setzen wieder einmal im Hotel Adlon beisammen, die Triarier der Industriebranche. Viel ist geredet worden und deutlich sind die Herren aus Rheinland-Westfalen immer gewesen. Deswegen lohnt es sich, ihre Äußerungen wie für offiziell durch das Stenogramm festgehalten worden sind, etwas genauer zu betrachten. Vorher die Bildseite:

Vandrat Röjger, der Vetter der Versammlung, sagte unter anderem: „... trotzdem Balkantrieb und Geldmappheit (D. R.) erweist sich die deutsche Industrie einer Konjunktur, die man wohl ohne Uebertreibung als eine glänzende bezeichnen kann. Darum können wir mit Stolz hinmelten.“

Der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Regierungsrat Schweighöffer, meinte: „... Vorrede, daß auch das laufende Jahr, so sehr es hinsichtlich der Preise für den Lebensunterhalt unter der Ungunst der Verhältnisse gelitten hat, dennoch von einer in jeder Hinsicht aufwärts führenden wirtschaflichen Entwicklung Zeugnis ablegt.“

In goldenen Millionen rieselt es aus der guten Konjunktur, aus den Hunderttausenden von fleißigen Händlern in die Taschen der Großindustrie. Und die Rekrute der Medaille?

Regierungsrat Schweighöffer meinte: „... mit Worten ist nicht Sozialdemokratie nicht zu bekämpfen. Sie ist nur zu bekämpfen, wenn durch Gesetze den Ausschreitungen in der Agitation, dem erbarmungslosen Terrorismus ein Ziel gesetzt wird... vor allem Einschränkung eines verächtlichen Schübes der Arbeitswilligen... ein direktes Verbot des Streikpostenstehens... nur durch ein strafrechtliches Verbot des Streikpostenstehens kann der ungeheure, bei den Arbeitskämpfen gegen die Arbeitswilligen ausgeübte Terrorismus wirklich gebrochen werden.“ So der Herr Regierungsrat! Das ist die Krönung des Hochkonjunkturjahres!! Das ist das einzige Positive, was die Arbeiter vom Zentralverband deutscher Industrieller ausgebillt bekommen. —